

Postulat von Niklaus Scherr (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, ob künftig auf die Lease-and-Lease-Back-Transaktionen mit US-Investoren verzichtet werden soll.

Begründung:

Seit 1997 hat der Stadtrat in grossem Umfang sogenannte Lease- und Lease-Back-Transaktionen mit US-Investoren getätigt. So wurden für rund 250 Mio Franken Rollmaterial der VBZ und für 1.4 Milliarden Franken Kraftwerke des EWZ verleast. Bei diesen Geschäften handelt es sich um die gezielte Ausnützung von Steuerschlupflöchern durch betuchte US-Grossanleger, bei denen keinerlei neuen Werte geschaffen, sondern bloss bestehende steuergünstig umfinanziert werden. In einem Schreiben an SP-Kantonsrat Willy Spieler hat die US-Botschafterin in Bern erklärt, nach ihrer Ansicht und nach der von US-Experten liege hier eindeutig ein "Missbrauch" vor. Auch in Zeiten des New Public Management hat das Gemeinwesen ein Minimum an Glaubwürdigkeit zu verteidigen. Der Stadtrat kann die legale Ausnützung von Steuerschlupflöchern im Inland (z.B. Fall Ebner) nicht anprangern und deren Schliessung verlangen, wenn er gleichzeitig massiv davon Gebrauch macht. Dazu kommen bestimmte nicht zu unterschätzende Risiken, etwa bei einem Konkurs der Depotbank oder bei möglichen Vertragsbrüchen einer der Parteien während der immerhin über 20-jährigen Laufzeit der Verträge.

